

Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Verhandlungen zwischen dem Senat und der Bürgerschaft / Senat der Freien Hansestadt Bremen ; Bürgerschaft Bremen 1925

30.20.1925 - Beschlüsse der Bürgerschaft

Inhaltsverzeichnis.

I. Beschlüsse der Bürgerschaft vom 30. Oktober 1925	S. 343.
II. Mitteilung des Senats vom 3. November 1925:	
1. Verkauf von Gelände an die Stadtgemeinde Bremerhaven	" 344.
2. Antrag: Ruh- und Zuchtviehmarkt	" 346.
3. Antrag: Hauswirtschaftliche Pflichtfortbildungsschule	" 346.
4. Antrag: Wohlfahrtsweifen	" 346.
5. Gesetz zur Änderung der Städteordnung der bremischen Hafenstädte	" 346.

Beschlüsse der Bürgerschaft

vom 30. Oktober 1925.

1. Wahl eines Schriftführers.

Die Bürgerschaft wählt an Stelle des ausgeschiedenen Herrn Ph. Behrens als Schriftführer Herrn Dr. O. Steengrafe.

2. Schulgeld an den staatlichen höheren Schulen Bremens für das Winterhalbjahr 1925/26.

Die Bürgerschaft stimmt der Vorlage (Verhdlgn. S. 323) zu.

3. Bremisches Ausführungsgesetz zum Reichsgesetz für Jugendwohlfahrt vom 9. Juli 1922 (Reichs-Gesetzbl. I S. 633).

Die Bürgerschaft ist mit der vom Senat getroffenen Festsetzung wegen des Zeitpunktes des Inkrafttretens des Gesetzes (Verhdlgn. S. 330) einverstanden.

4. Gesetz zur Änderung der Städteordnung der bremischen Hafenstädte.

Die Bürgerschaft genehmigt den vorgelegten Gesetzentwurf (Verhdlgn. S. 337) mit folgenden Änderungen:

- 1) Als neue Nr. 1 wird eingefügt:
„1) Im § 4 Abs. 1 der Städteordnung der bremischen Hafenstädte vom 23. Mai 1922 (Gesetzbl. S. 245) wird das Wort „Einwohner“ durch das Wort „Personen“ ersetzt.“
- 2) Die jetzige Nr. 1 wird Nr. 2.
- 3) In der neuen Nr. 2 werden die Worte „der bremischen Hafenstädte vom 23. Mai 1922 (Gesetzbl. S. 243)“ gestrichen.
- 4) Im § 7 Zeile 1 wird das Wort „Einwohner“ durch das Wort „Gemeindebürger“ ersetzt.
- 5) Die jetzige Nr. 2 wird Nr. 3.
- 6) In § 14 Zeile 1 wird das Wort „Einwohner“ durch das Wort „Gemeindebürger“ ersetzt.

5. Antrag: Bremisches Gerichtskostengesetz.

Die Bürgerschaft ersucht den Senat um baldige Vorlage eines Gesetzentwurfes, durch den die Sätze in dem zur Zeit maßgebenden bremischen Gerichtskostengesetz in angemessener Weise ermäßigt werden, so daß möglichst die Gebühren der Vorkriegszeit wieder erreicht werden.

6. Antrag: Nutz- und Zuchtviehmarkt.

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die zuständige Stelle mit einem schleunigen Bericht zu beauftragen, ob und wo sich in Bremen die Errichtung eines Nutz- und Zuchtviehmarktes ermöglicht.

7. Antrag: Hauswirtschaftliche Pflichtfortbildungsschule.

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, von der Behörde für das Fortbildungs- und Fachschulwesen die baldige Vorlage eines Berichtes darüber zu fordern, wie die hauswirtschaftliche Pflichtfortbildungsschule für Schulspeisung und Schulkleidung im Sinne des Gemeinschaftsgeistes nutzbar gemacht werden könnte.

8. Antrag: Wohlfahrtswesen.

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die zuständige Behörde mit einem Bericht zu beauftragen, ob und wieweit die Anzahl der Beamten und Angestellten der der Behörde für das Wohlfahrtswesen unterstellten Ämter erhöht werden muß, um eine gründliche Arbeit — ohne Überbürdung der einzelnen — zu gewährleisten.

9. Antrag: Benennung von Straßen.

Die Bürgerschaft beschließt: Die neu anzulegenden Straßen erhalten die Namen von Ortschaften der in ihrem Deutschum bedrohten Gebiete.

10. Veränderungen in der Besetzung von Deputationen und Ausschüssen.

Deputation für das Gesundheitswesen. Es scheidet aus: **Gesine Becker**, es tritt ein: **A. von Koll**.

Deputation für Häfen und Eisenbahnen. Es scheidet aus: **H. Schmalfeldt**, es tritt ein: **H. Mester**.

Haushaltungsausschuß. Es scheidet aus: **A. Hagedorn**, es tritt ein: **H. Blanke**.

Ausschuß wegen Teiländerung der Bauordnung. Es scheidet aus: **Dr. Bollinger**, es tritt ein: **Th. Kaufmann**.

Mitteilung des Senats

vom 3. November 1925.

1. Verkauf von Gelände an die Stadtgemeinde Bremerhaven.

Der Senat läßt der Bürgerschaft den anliegenden Bericht der Deputation für Häfen und Eisenbahnen mit Erklärung seiner Zustimmung zugehen und ersucht die Bürgerschaft, ihm beizutreten. Die Finanzdeputation ist einverstanden.

Anlage.

Bericht.

Der Bremische Staat hat mit der Stadtgemeinde Bremerhaven am 28. Oktober 1910 einen Vertrag über das Gelände der alten Gasanstalt in Bremerhaven abgeschlossen (Berhdln. 1910 S. 997 ff., 1081, 1085). Der Vertrag vom 28. Oktober 1910 ist geändert durch Vertrag vom 7. November 1914 (Berhdln. 1914 S. 1131 ff., 1155, 1159).